

Jochen Franzke

**NACH DEM ENDE DER STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT.
DEUTSCHLAND AUF DER SUCHE NACH EINER NEUEN
RUSSLANDSTRATEGIE**

Eine neue strategische Situation in Europe seit 2014

Anfang 2014 endete in Europa nach 25 Jahren die Periode nach dem Kalten Krieg. Diese Zeit war geprägt von einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur, die in den frühen 1990er Jahren von den USA, der Sowjetunion (und ihrem späteren Nachfolgestaat Russland), Frankreich, Deutschland, Großbritannien und allen anderen europäischen Staaten gemeinsam geschaffen worden war. Deren Architektur basierte auf der Idee gemeinsamer Werte wie der Verpflichtung auf die Demokratie, der Achtung des internationalen Rechts, der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten sowie der fundamentalen Rolle der Marktwirtschaft. Diese Prinzipien waren u. a. in der "Charta für ein Neues Europa" fixiert worden, die durch die Mitgliedstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (damals KSZE, heute OSZE) in November 1990 in Paris unterzeichnet worden war. Die Repräsentanten der beteiligten Staaten erklärten die durch den Kalten Krieg bedingte, über 40 Jahre währende Teilung Europas für beendet.

Diese Sicherheitsarchitektur wurde von einer Reihe multilateraler und bilateraler Abkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie Russland gestützt. Auch diesen Vereinbarungen lagen die gemeinsamen europäischen Werte zugrunde. Eine besondere Rolle in diesem Prozess spielte das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften

und ihren Mitgliedstaaten und Russland (1994), das EU-Russland-Abkommen über strategische Partnerschaft (2011) sowie die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Russland von 1997. Aus deutscher Sicht muss der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR von 1990 hinzugefügt werden¹. Diese Grundlagendokumente knüpften in vielfältiger Art und Weise an die seit 1945 bestehende Nachkriegsordnung in der Welt und in Europa an. Diese enthielten als grundlegendes Prinzip der internationalen Beziehungen u. a. die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf deren gewaltsame Veränderung.

Der Zusammenbruch dieser friedenssichernden Architektur in Europa vollzog sich nicht plötzlich, sondern schleichend. Die autoritäre Innenpolitik des russischen Präsidenten Putin beschädigte diese gemeinsamen Werte immer mehr. Auch in seiner Außenpolitik entfernte sich Russland immer mehr von der gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur. Ein gewissermaßen letztes Warnsignal dafür war der Russisch-Georgische Krieg von 2008, der mit der Zerstörung der territorialen Integrität Georgiens und der Bildung russischer Satellitenstaaten auf seinem Territorium endete². Die EU und mit ihr Deutschland waren nicht in der Lage bzw. willens, eine strategische Antwort auf die immer aggressiver werdende russische Außenpolitik zu finden, um Veränderungen der Grenzen in Europa in Zukunft zu verhindern. Damit haben die Regierungen in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten dazu beigetragen, dass angesichts des geringen Risikos in der russischen Elite die Bereitschaft wuchs, den Einflussbereich Russlands wieder auch unter Einsatz von Gewalt auszuweiten. Der Fehler des Westens war – so Anna Applebaum – „not to humiliate Russia but to underrate Russia’s revanchist, revisionist, disruptive potential“³. Diese Unfähigkeit der EU (und auch der NATO), das bestehende europäische Sicherheitssystem zu verteidigen, hat zu dessen Verfall beigetragen.

Insbesondere die deutschen Regierungen seit Mitte der 2000er Jahre trugen eine große Mitverantwortung für diese Entwicklung. Viel zulange hingen diese der Illusion einer strategischen Partnerschaft mit Russland nach, ignorierten die von Moskau ausgehenden Gefahren für die europäischer Sicherheit und überschätzen ihren realen Einfluss auf die russische Politik.

Mit der Besetzung der Krim und der von ihr massiv unterstützten Verletzung der territoriale Integrität der Ukraine im Donbas hat die russische politische Elite den gemeinsamen Boden der europäischen Sicherheitsarchitektur endgültig verlas-

¹ Diese Vereinbarung bildete nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weiterhin die internationale Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion.

² R. Grodzki, *The EU and the Russian-Georgian War*, [in:] *Die Kooperation zwischen der EU und Russland. Konzepte, Prioritäten und Defizite*, hrsg. J. Franzke, B. Koszel, A. Kinyakin, WeltTrends, Potsdam 2013, S. 211ff (Potsdamer Textbücher, Bd. 19).

³ A. Applebaum, *The Myth of Russian Humiliation*, „Washington Post“, 17 October 2014.

sen und eine rote Linie des internationalen Rechts überschritten. Sie hat den Weg der Selbstisolierung von Europa gewählt. Unter diesen Umständen ist das System der europäischen Sicherheit jetzt in einer gefährlichen Sackgasse. Es gibt keinen Weg zurück zum *Status quo ante*, aber auch keinen einfachen Weg aus der Krise. Unter diesen Umständen besteht auf dem europäischen Kontinent augenblicklich kein gemeinsames, wirklich funktionierendes Sicherheitssystem. Dies ist eine äußerst gefährliche Situation.

Die Doppelnatur des Konflikts zwischen der EU und Russland

Der Konflikt zwischen der EU und Russland, zwischen „dem Westen“ und Russland und zwischen Deutschland und Russland zugleich ein geopolitischer und ein Wertekonflikt. Erstens handelt es sich um einen allgemeinen geopolitischen Machtkonflikt zwischen Russland und „westlichen“ Großmächten wie den USA (als der noch führenden Macht der NATO) und der EU (mit Deutschland als deren augenblicklichen Hegemon) über den postsowjetischen Raum. Betroffen von diesem Konflikt sind selbstverständlich alle Staaten Europas, aber insbesondere die westlichen Nachbarn Russlands⁴.

Russlands Elite betrachtet den postsowjetischen Raum als seine ureigene Einflussphäre⁵. Es billigt den anderen postsowjetischen Staaten nur eine begrenzte Souveränität zu und beansprucht insbesondere ein Vetorecht bei der Entscheidung über den Beitritt zu Allianzen und der inneren Staatsordnung in diesen Ländern. Inzwischen betrachtet Russland jede Art von Pfadänderung in Richtung zu mehr Demokratie („farbigen Revolutionen“) in der inneren Ordnung der postsowjetischen Staaten als eine externe Bedrohung seiner Sicherheit.

In diesem Zusammenhang hat Moskau in den letzten Jahren seine Fähigkeiten zur „nicht-linearen“ Kriegsführung deutlich erweitert und ist bereit, diese im Konfliktfall auch einzusetzen⁶. Im Gegensatz dazu verfolgt die EU (einschließlich Deutschland) weiter eine Politik der Achtung der Souveränität aller Staaten in Eu-

⁴ A. Krikovic, *Imperial Nostalgia or Prudent Geopolitics? Russia's Effort to Reintegrate the Post-Soviet Space in Geopolitical Perspective*, "Post-Soviet Affairs" 2014, Vol. 30, No. 6, p. 503–528.

⁵ Der Kreml definiert diese Interessenzone allerdings offenbar bewusst nicht genau. Offensichtlich ist damit zu allererst der postsowjetischen Raum gemeint, allerdings ohne die baltischen Staaten, die Mitglieder der NATO und der EU sind. Eine Einbeziehung dieser Länder in die russische Interessenzone kann aber jederzeit erfolgen, zumal diese wegen ihrer geografischen Lage, ihrer geringen territorialen Größe gegen offensive militärische Aktionen kaum zu verteidigen sind. Die Verteidigung der russischen Minderheiten ist nur ein Baustein dieses Konzepts. Mit dem Begriff der Verteidigung „russischer Interessen“ ist eine geographische Ausweitung der Konfliktzone auch auf Mitteleuropa und den Balkan verbunden. Diese Interpretation russischer Politik sorgt vor allem in Polen verständlicherweise für Unruhe und reaktiviert alte Bedrohungsängste.

⁶ M. Klein, *Russia's New Military Doctrine. NATO, the United States and the "Colour Revolutions"*, SWP comments 9, February 2015, Berlin.

ropa, einschließlich der freien Wahl von Allianzen und der Definition des internen politischen Systems. Doch selbst im Falle eines Konflikts, ist der Einsatz militärischer „harter“ Macht für die NATO, die EU und Deutschland keine Option. Daher ist der Konflikt mit Russland „in Wirklichkeit ein Konflikt über die Art und Weise der internationalen Ordnung“, die weit über den Krieg im Donezkbecken und sogar über den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hinausgeht⁷.

Zweitens ist der Streit zwischen Russland und dem „Westen“ ist ein Streit um Werte. Wie eingangs erwähnt basierte die bisherige europäische Sicherheitsarchitektur auf der Anerkennung solcher gemeinsamer Werte. Die Frage ist, ob diese auch künftig die Grundlage für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und für die europäisch-russischen bzw. deutsch-russischen Beziehungen bilden könnten. Die Vorstellung der Existenz gemeinsamer europäischer Werte (insbesondere demokratisch-liberaler Werte) bildet für viele Akteure in Deutschland nach wie vor die Grundlage für die dessen Politik gegenüber Russland.

Die öffentliche Meinung in Deutschland über Russland und dessen Vorgehen in der Ukraine

Der Ausbruch der Krise in der Ukraine, die Annexion der Krim durch Russland und der Krieg im Osten der Ukraine war ein unerwarteter Schock sowohl für die deutsche Elite und der deutschen Öffentlichkeit, die beide bis dahin weitgehend pro-russisch eingestellt waren. Nach dem Schock hat ein Diskussionsprozess über die nötigen Veränderungen in der deutschen Russlandpolitik sowohl in der Elite also auch in der Öffentlichkeit begonnen, der allerdings noch nicht abgeschlossen ist.

Festzuhalten ist, dass seit Februar 2014 die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Russland deutlich kritischer geworden ist. Dies belegen alle seither vorliegenden Meinungsumfragen. Die kritische öffentliche Stimmung gegenüber Russland erreicht offenbar Anfang 2015 ihren Höhepunkt, als 79% der befragten Deutschen ein negatives Bild von Russland hatten⁸. Seither wendet sich die Einschätzung langsam zum Positiven. Zu dieser Entwicklung hat sicher auch die Tatsache beigetragen, dass der Krieg im Osten der Ukraine mittlerweile in den Schlagzeilen durch die Krise der Eurozone und aktuell von der Flüchtlingskrise weitgehend verdrängt wurde.

Auf den ersten Blick ist die Haltung der deutschen Öffentlichkeit zur russischen Führung deutlich kritischer geworden. Im März 2015 hatten ca. 70% der

⁷ A. Kwiatkowska-Drożdż, K. Frymark, *Analyse: Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt: eine politische oder eine humanitäre Aufgabe?*, 2015, <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/203680/analyse-deutschland-im-russland-ukraine-konflikt-eine-politische-oder-eine-humanitaere-aufgabe>.

⁸ ARD-DeutschlandTrend, Februar 2015, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/februar>.

Befragten hatten ein negatives Bild von Russland, im Vergleich zu 45% im Jahr 2010. Dies war zu diesem Zeitpunkt die negativste Einstellung zu Russland innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, nur Polen und die baltischen Staaten haben eine negative. Etwa 81% der deutschen Befragten hatten das Vertrauen in den russischen Führer verloren, nur 15% besaßen es noch⁹. Die Befragten dieser Umfrage unterstützten mehrheitlich die Politik der Bundesregierung von Sanktionen und jede nicht-militärische Antwort auf die russische Politik in der Ukraine. Zugleich wurde erneut deutlich, dass die Mehrheit der Deutschen jegliche militärische Intervention ablehnen, selbst bei einem Konflikt zwischen Russland und einem NATO-Mitglied (z. B. einem baltischen Staat oder Polen). Über 69% der Befragten lehnen ebenfalls eine ständige NATO-Präsenz in Osteuropa ab¹⁰.

Dennoch kann nicht außer Acht gelassen werden, dass die deutsche Öffentlichkeit bezüglich der Reaktion auf die Besetzung der Krim durch Russland und den Krieg im Osten der Ukraine tief gespalten ist. Vier von zehn Befragten (39%), folgten im November 2014 der Position des ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Matthias Platzeck, der empfahl, zu akzeptieren, dass die Krim jetzt Teil Russlands ist. Fast die Hälfte der Befragten (48%) lehnte dies ab. In Ost-Deutschland ist die Haltung, den aktuellen Status der Krim anzuerkennen, mit 40% deutlich höher als im Westen mit 37%. Auch innerhalb der politischen Parteien zeigen sich tiefe Meinungsverschiedenheiten zu diesem Thema. 56% der befragten SPD-Anhänger lehnen die Akzeptanz der Zugehörigkeit der Krim zu Russland ab, immerhin 36% sind dafür. Bei den Unions-Anhängern ist dieses Verhältnis 53% zu 35%, bei den Grünen-Anhängern 55% zu 38%. In den Reihen der Linkspartei (67 zu 29%) und der rechtsgerichteten Partei „Allianz für Deutschland“ (AfD) (53 zu 39%) finden sich hingegen klare Mehrheiten für die Anerkennung der Ergebnisse der russischen Annexion der Krim¹¹.

Neben aller kritischen Position zu Putin, herrscht in Deutschland keine „antirussische Stimmung“. Dies zeigt z. B. die Unterstützung gemeinsamer Aktionen mit Russland im Syrien-Krieg. Im Oktober 2015 sprachen sich 79% der Befragten für eine stärkere Zusammenarbeit der westlichen Länder mit Russland bei der Suche nach einer Lösung des syrischen Krieges aus, nur 14% waren dagegen. Allerdings war dies für 49% der Befragten kein Grund, die Sanktionen gegen Russland aufzuheben, nur 41% würden diesen Schritt unterstützen¹².

⁹ ARD-DeutschlandTrend, März 2015, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/maerz>.

¹⁰ ARD-DeutschlandTrend, März 2015, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/maerz>.

¹¹ Infratest dimap: Die Deutschen und die russische Außenpolitik, Opinion pool, November 2014, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/die-deutschen-und-die-russische-aussenpolitik>.

¹² ARD-DeutschlandTREND Oktober 2015, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/oktober>.

In einer aktuellen Umfrage sprechen sich 69% der Befragten für eine Aufhebung der Sanktionen aus¹³.

Innerhalb Deutschland sind die alten Ost-West-Differenzen über das Verhältnis zu Russland und die NATO-Mitgliedschaft aus den Zeiten des Kalten Krieges wieder stärker erkennbar. Wie bereits beschrieben, sieht die deutsche Öffentlichkeit aktuell weder Russland noch Putin in einem positiven Licht. Dennoch ist das Maß an Vertrauen in Putin in Ost-Deutschland (mit 40%) doppelt so hoch wie im Westen des Landes (19%). Mehr als ein Drittel der Ostdeutschen (36%) haben aktuell eine positive Meinung von Russland im Vergleich zu nur 24% der Westdeutschen. Deutlich weniger Ostdeutsche (28%) als Westdeutsche (40%) glauben, dass Russland eine militärische Bedrohung für seine Nachbarn darstellt. Darüber hinaus sind die Ostdeutschen eher bereit, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland zu erleichtern. Die deutsche NATO-Mitgliedschaft wird im Westen mehrheitlich unterstützt (57%), im Osten sind deren Anhänger in der Minderheit (46%). Die Westdeutschen sind auch in höherem Maße bereit, bei der Verteidigung anderer NATO-Verbündeter militärische Gewalt einzusetzen, als ihre östlichen Mitbürger¹⁴.

Zusammenfassend zeigen die Meinungsumfragen seit Februar 2014 eine deutlich kritische Haltung der Deutschen zur russischen Führung unter Putin und eine klare Unterstützung der Politik der Bundesregierung. Zugleich ist eine deutliche Ost-West-Spaltung erkennbar. Die Unterstützung für die Sanktionspolitik gegenüber Russland beginnt zu bröckeln, auch weil andere Krisenherde mittlerweile in Deutschland prioritär geworden sind.

Aspekte der aktuellen Russlandpolitik der Bundesregierung

Die rapide Verschlechterung der internen Situation in der Ukraine ab November 2013 und die zunehmende Einmischung Russlands in diesen Konflikt bildeten die erste große außenpolitische Herausforderung der neuen Regierung der „Großen Koalition“, die am 17. Dezember 2013 ihre Arbeit aufnahm.

Noch in ihrem Koalitionsvertrag war die neue Regierung optimistisch von einer weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit mit Russland ausgegangen, auch wenn der Begriff der strategischen Partnerschaft nicht genutzt wurde. Es wurde festgestellt: „Ein modernes, wirtschaftlich starkes und demokratisches Russland liegt in deutschem wie europäischem Interesse. Wir wollen die Modernisierungs-

¹³ TNS Infratest, *Russland in Europa: Annäherung oder Abschottung? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung*, Hamburg, 2016, http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/internationale-verstaendigung/fokus_russland-in-europa/pdf/2016/Umfrage_Russland-in-Europa.pdf.

¹⁴ Pew Research Center, *NATO Publics Blame Russia for Ukraine Crisis, but Reluctant to Provide Military Aid*, Washington 2015, p. 24 (auf der Grundlage des „Spring 2015 Global Attitudes Survey“, vom 6. April bis 15. Mai 2015, <http://www.pewglobal.org/files/2015/06/Pew-Research-Center-Russia-Ukraine-Report-FINAL-June-10-2015.pdf> [18. June 2015]).

partnerschaft auf weitere Bereiche ausdehnen, um gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich zu Fortschritten zu kommen. Wir werden dazu mit der russischen Führung offen über unterschiedliche Vorstellungen einer Modernisierungspartnerschaft sprechen... Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen. Dabei wollen wir gemeinsam mit Russland vor allem die Regelung von Konflikten in der gemeinsamen Nachbarschaft voranbringen...¹⁵

Die deutsche Bundesregierung war noch nicht einmal 100 Tage im Amt, als die illegale Annexion der Krim durch Russland und dessen gewaltsame Einflussnahme im Osten der Ukraine die deutsch-russischen Beziehungen und die Beziehungen der EU sowie der anderen westlichen Partner zu Russland dramatisch und dauerhaft verschlechterte.

Die deutsche Regierung hat noch im Frühjahr 2014 folgende Eckpfeiler ihrer Politik gegenüber Russland nach dem Februar 2014 definiert: keine Gewalt, sondern Diplomatie und wirtschaftlichen Druck. Diese schwierige Kombination war zugleich die entscheidende Voraussetzung, um einen deutschen Alleingang gegenüber dem Kreml zu vermeiden und die Unterstützung der EU-Partner, vor allem Frankreichs und Polens, für ein gemeinsames Handeln gegenüber dem Kreml zu gewinnen.

Bis heute ist es der deutschen Politik, aber auch im EU-Rahmen allerdings nicht gelungen, eine neue Russland-Strategie zu entwickeln. Aber auch die internationale Debatte im Westen zeigt noch kein klares Bild, wie die künftige Russlandstrategie „des Westens“ letztendlich aussehen könnte¹⁶.

Im praktischen außenpolitischen Handeln der Bundesregierung sind aber einige Elemente einer solchen Strategie seither erkennbar:

Das erste Element der deutschen Politik gegenüber Russland ist die Nichtanerkennung der Annexion der Krim. Bereits in ihrer Regierungserklärung vom 13. März 2014 beschrieben die Kanzlerin die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung für die Entwicklung auf der Krim-Halbinsel, die bis heute unverändert ist. Sie unterstrich: „Die territoriale Unversehrtheit und damit die staatliche Einheit der Ukraine werden ganz offen infrage gestellt und verletzt. In einer Phase großer Unsicherheit in der Ukraine hat sich Russland nicht als Partner für Stabilität in dem mit ihm historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbundenen Nachbarland erwiesen, sondern nutzt dessen gegebene Schwäche aus. Das Recht des Stärkeren wird gegen die Stärke des Rechts gestellt, einseitige geopolitische Interessen über Verständigung und Kooperation... Das Vorgehen Russlands in der Ukraine stellt eindeutig einen Bruch grundlegender völkerrechtlicher Prinzipien dar“¹⁷. Noch

¹⁵ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, *Deutschlands Zukunft gestalten*, 18. Legislaturperiode, Berlin 14.12.2013, S. 120, <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>.

¹⁶ J.S. Nye, *A Western Strategy for a Declining Russia*. Project Syndicate, 3 September 2014.

¹⁷ Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel, 13. März 2014, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2014/2014-03-13-bt-merkel.html>.

deutlicher wurde Kanzlerin Merkel in Anwesenheit von Präsident Wladimir Putin am 10. Mai 2015 in Moskau, als sie die Annexion der Krim durch Russland als „verbrecherisch“ verurteilte¹⁸.

Das zweite Element aktueller deutscher Russlandpolitik sind (punktuelle) wirtschaftlich-finanzielle Sanktionen gegen Russland. Als Reaktion auf Russlands völkerrechtswidrige Aktionen in der Ukraine, hat sich die EU mit der Unterstützung der Bundesregierung auf mehrere Stufen von Sanktionen verständigt. Diese beziehen sich auf Konten und Einreiseverbote für russische Privatpersonen (insbesondere im Umfeld von Präsident Putin) und Unternehmen, sondern auch einzelne Wirtschafts- und Finanzsektoren. Die Bundesregierung hat allerdings auch dafür gesorgt, dass weiterreichende Sanktionsvorschläge (z. B. einiger US-Politiker) nicht umgesetzt wurden. Bisher wurden die EU-Sanktionen bis Juli 2016 verlängert. Diese sind öffentlich vor allem mit der vollständigen Umsetzung des Minsk II Abkommens verbunden worden¹⁹. Wesentliche Elemente dieser Vereinbarung (z. B. die Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenze zu Russland durch die Ukraine nach freien und fairen Wahlen in den abtrünnigen Regionen in Ost-Ukraine) sind noch nicht implementiert.

Drittens erhöht Deutschland seit der „Euro-Maidan Revolution“ Anfang 2014 seine politische und wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine. Dies schließt allerdings jede militärische Unterstützung aus. Deutschland hat ein großes Interesse an einer stabilen, demokratischen und wirtschaftlich prosperierenden Ukraine. Die Regierung unterstützt die Ukraine bei ihren wirtschaftlichen Transformation und Konvergenz mit europäischen Strukturen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen, welches am 1. Januar 2016 in Kraft trat. Die Bundesregierung sieht allerdings keine baldige EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine. Kritisch wird in Berlin das Umsetzungstempo der Reformen in der Ukraine gesehen.

Viertens versucht die Bundesregierung intensiv, „den Konflikt im Dialog mit Russland zu überwinden“. Dazu gehört auch das Angebot von Kanzlerin Angela Merkel auf dem Wirtschaftsforum in Davos im Januar 2015, Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Union über die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone zu beginnen. Verschiedene informelle Kom-

¹⁸ Im Einzelnen stellte Bundeskanzlerin Merkel fest: „Durch die verbrecherische und völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine hat diese Zusammenarbeit einen schweren Rückschlag erlitten schwer, weil wir darin eine Verletzung der Grundlagen der gemeinsamen europäischen Friedensordnung sehen.“ Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Putin am 10. Mai 2015 in Moskau; <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/05/2015-05-10-pk-merkel-putin.html> [abgerufen am 29.4.2016].

¹⁹ Das Abkommen (Minsk II) wurde auf einem Gipfeltreffen der Repräsentanten Deutschlands, Frankreichs, Russland und der Ukraine in Minsk am 2. Dezember 2015 in Form eines Maßnahmenkataloges zur Umsetzung des Minsker Abkommens vom September 2014 (Minsk I) beschlossen.

munikationskanäle mit Moskau werden weiter genutzt, in letzter Zeit wohl zunehmend genutzt. Die Kanzlerin hat den persönlichen Kontakt auch während der heißen Phase des Krieges im Osten der Ukraine nie abbrechen lassen. Für einen neuen institutionalisierten Dialog mit Russland, zieht die Bundesregierung gegenwärtig aber die multilaterale Ebene (EU, NATO und OSZE) vor. Der öffentliche bilaterale Dialog mit Russland wird vorerst nur sehr vorsichtig entwickelt, um einigen Deutschland-kritischen Verbündeten keinen Anlass zu Spekulationen über einen deutschen Alleingang in den Beziehungen mit Moskau zu geben.

Die aktuelle Debatte über die Zukunft der deutschen Russlandpolitik gegenüber Russland leidet auch unter einigen Defiziten. Erstens fällt auf, dass es keine öffentliche kritische Analyse der Ursachen für das Scheitern der strategischen Partnerschaft mit Russland gab. Vor allem das Auswärtige Amt ist kaum bereit für eine solche Diskussion über mögliches eigenes Versagen bzw. eigener Fehleinschätzungen. Viele wichtige Fragen sind noch nicht einmal ansatzweise diskutiert: Warum wurde die Bundesregierung durch die Aktionen Russlands auf der Krim war überrascht? Warum hat Russland keinerlei Rücksicht auf die deutschen Interessen genommen, wo Berlin doch angeblich sein engster Partner in Westeuropa sei? Inwieweit wusste der Putin-Freund Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder vorab über die geplanten russischen Aktionen?²⁰ Warum hat er die deutsche Regierung nicht über diese gefährliche Entwicklung informiert?

Zweitens konzentriert sich die deutsche Politik in der Ukraine seit dem Sommer 2014 notgedrungen auf die Eindämmung des Konflikts in der östlichen Ukraine. Damit geriet die Annexion der Krim zunehmend aus dem Gesichtsfeld. Unter diesen Umständen sind die langfristigen Ziele und Prioritäten deutscher Russlandpolitik weiterhin unklar. Viele Fragen sind offen. Was erwartet Berlin eigentlich von Moskau? Sollen die Russen den Donbas wieder verlassen und die Separatisten nötigen, aufzugeben? Soll Russland die Krim an die Ukraine zurückgeben? Setzt Berlin immer noch einen Regimewechsel in Moskau als Voraussetzung für einen Neustart der Kooperation?

Drittens ist in Berlin auch der Weg, wie ein neuer Dialog mit Russland in Gang gebracht werden könnte. Augenblicklich versucht die Bundesregierung zunächst die Probleme in der Ostukraine durch die vollständige Umsetzung der Minsk-II-Abkommen zu lösen. Dann könnte als nächster Schritt ein Dialog über die Zukunft der Beziehungen mit Russland beginnen. Vor allem in den deutschen Wirtschaftskreisen wächst die Unzufriedenheit über diese Reihenfolge, der Druck wird stärker, mit dem Dialog mit Russland sofort zu beginnen, ohne eine Lösung in der Ostukraine abzuwarten. Andere Experten empfehlen, vorerst strategischen Diskussionen zu vermeiden und sich auf die „low politics“ bzw. pragmatische Problemlösungen konzentrieren, in der Hoffnung auf spätere Spillover-Effekte. Wieder andere bevorzugen einen Dialog zwischen der Europäischen Union und der Eu-

²⁰ Gerhard Schröder als Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Nord-Stream-AG ist mit der russischen politischen Elite gut vernetzt.

rasischen Wirtschaftsunion, da hier wirklich Neuland beschrritten werden könnte²¹.

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Russland ist seit 2014 deutlich zurückgegangen. Die deutschen Exporte nach Russland sanken im Jahr 2015 um 25% auf 20,2 Mrd. Euro. Bereits 2014 hatte es einen Rückgang um 18% gegeben. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen beiden Ländern hat sich seit 2012 fast halbiert, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie ist die Entwicklung noch dramatischer. Die russischen Exporte nach Deutschland verringerten sich um 26% auf 30 Milliarden Euro. Auch die Anzahl der Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung sank im Jahr 2015 um 7% auf 5.583 Unternehmen. Die Anzahl der Filialen und Vertretungen deutscher Unternehmen in Russland ist gegenüber 2014 um fast 24% zurückgegangen. Russland rangiert jetzt auf dem 15. Platz der deutschen Exporte (hinter der Tschechischen Republik und der Türkei) und dem 12. Platz der deutschen Importe (nach Polen)²².

Im Energiesektor hingegen hat sich die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und Russland weiter vertieft. Ein typisches Beispiel dafür ist das Milliardengeschäft zwischen dem deutschen Chemiekonzern BASF und dem russischen Gaskonzern Gazprom, bei dem Ende 2015 Firmenanteile getauscht wurden. Die Kasseler BASF-Tochter Wintershall gab das Gashandel- und Gasspeichergeschäft in Deutschland vollständig an Gazprom ab, dafür erhielt die BASF im Gegenzug mehr Anteile an großen Erdgasfeldern in Sibirien. Damit kam Gazprom (und der hinter dem Staatskonzern stehende russische Staat) seinem Ziel näher, Gas nicht mehr nur an der europäischen Grenze abzuliefern, sondern den Endkunden direkt zu beliefern. Zudem erhält das Unternehmen Zugriff auf fast 40% der strategisch wichtigen Gasspeicher in Deutschland und kann einen großen Teil des Gashandels kontrollieren²³.

Zum Symbol der weiteren deutsch-russischen wirtschaftlichen Verflechtung ungeachtet der politischen Krise entwickelt sich zunehmend der umstrittene geplante zweite Strang der Ostsee-Pipeline (North Stream II). Dieser würde die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas auf 60% steigern würde. Die Bundesregierung behauptet aber, dass dies ein „rein kommerzielles Projekt“ sei. Der Kreml versucht, wie bei North Stream I dieses Projekt neben den wirtschaftlichen Vorteilen für Russland als geopolitischen Spaltpilz in der EU einzusetzen²⁴.

²¹ Dieser Vorschlag aus dem Sommer 2015 ist allerdings sehr umstritten. Während Alexander Libman (Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP Berlin) davon ausgeht, dass es „ist einen Versuch wert (sei)“, wies Susan Steward vom gleichen Think Tank diese Idee als „momentan nicht nützlich“ zurück. A. Libman, E. Furman, *Europeanization and the Eurasian Economic Union*, [in]: *Eurasian Integration – The View from Within*, eds. P. Dutkiewicz, R. Sakwa, Routledge, Abingdon 2015.

²² Statistisches Bundesamt, *Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands*, Berlin 2016.

²³ Anteilstausch im Gasgeschäft. BASF und Gazprom ziehen Milliarden-Deal durch, Handelsblatt, 4.9.2015.

²⁴ S. Fischer, *Nord Stream 2: Trust in Europe*; „CSS Policy Perspectives“, Zürich 2016, Bd. 4.

Deutsche Elite zwischen Werte- und Realpolitik

Seit vielen Jahren charakterisiert eine Mischung aus wertorientierte Politik und Realpolitik die deutsche Russlandpolitik. Während der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (1998-2005) dominierte der realpolitische Ansatz, unter der Kanzlerin Angela Merkel (seit 2005) hat der wertorientierte Ansatz an Bedeutung gewonnen²⁵. Beide Ansätze versuchen im Augenblick, die künftige Strategie der deutschen und EU-Russlandpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die unterschiedlichen Positionen Ansätze der Repräsentanten beider Ansätze sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1. Verschiedene Positionen zur deutschen Russlandpolitik

	Offizielle Position der Bundesregierung (CDU/CSU und SPD)	Position der "Russlandversteher"* oder der Anhänger einer Ostpolitik 2.0
Verantwortlichkeit für die Eskalation des Konflikts in der Ukraine	Russlands Präsident mit seiner rücksichtslosen Machtpolitik auf Kosten der Selbst-Bestimmung und territorialen Integrität der Ukraine	Verständliche Reaktion Moskaus auf die ständige Verletzung seiner Sicherheitsinteressen durch den Westen
Sanktionen	Ja, Konditionalisierung mit der Umsetzung von Minsk II	Sofortige Beendigung der Sanktionen
Ist Russlands Vorgehen in der Ukraine eine Bedrohung für Deutschland?	Ja, daher ist Abschreckung nötig, aber keine militärische Hilfe für die Ukraine	Nein
Perspektive für die Ukraine	Ukraine "auf dem Weg nach Europa", Fortschritte hängen von der Umsetzung von Reformen ab, aktuell keine Perspektive einer künftigen EU-Mitgliedschaft	Ukraine nur in enger Kooperation mit Russland lebensfähig, keine EU-Mitgliedschaft
Akteure	Die Mehrheit der "Großen Koalition" (vor allem in der CDU), unterstützt von den Grünen, Rückendeckung durch führende Medienunternehmen, ca. 70 bis 80% der Bevölkerung	Vor allem die Linkspartei und die rechtsgerichtete AfD sowie die CSU; informelle Unterstützung durch die SPD, die Mehrheit der Wirtschaftsunternehmen mit speziellen Interessen in Russland, ca. 20 bis 30% der Bevölkerung

* Der umstrittene Begriff ist zunächst eine Selbstbeschreibung derjenigen, die für mehr Verständnis für die Aktionen Russlands werben. Weniger klar ist dabei der Bezugnahme zu den deutschen Interessen. Dieser Begriff wird in der innenpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland auch genutzt, um Kritiker Putins als „antirussisch“ zu diskreditieren.

²⁵ J. Franzke, *Wertepolitik vs. Realpolitik. Die Russlandpolitik der Regierung Merkel/Steinmeier*, „WeltTrends“ Juli/August 2009, 52, S. 91–99.

Spezifische Rahmenbedingungen für die künftige deutsche Russlandpolitik

Mit dem Ende der strategischen Partnerschaft mit Russland, ist es für Berlin deutlich schwieriger geworden, eine Art Sonderbeziehung zu Moskau aufzubauen oder fungiert als dessen Anwalt in der EU. Eine Rückkehr zum *status quo ante* der deutsch-russischen Beziehungen scheint ausgeschlossen. Eine neue Strategie der deutschen Politik gegenüber Russland ist aber auch noch nicht erkennbar. Sicher ist aber, dass vier spezifische Rahmenbedingungen bei der Entwicklung einer solchen Strategie eine Rolle spielen werden: Deutschlands hegemoniale Rolle in der EU, die fundamentale Krise der europäischen Integration mit der Möglichkeit ihres Scheitern, die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die neuen Herausforderungen für Deutschland in der NATO.

Erstens, fiel Deutschland in den letzten Jahren eher zu schnell und eher wider Willen die Rolle eines Hegemons in der EU zu. Die aktuelle Ausstrahlung Deutschlands basiert auf seiner ungebrochenen Wirtschaftskraft und seiner politischen Stabilität, während viele andere EU-Mitgliedstaaten wirtschaftlich und / oder politisch schlecht dastehen. Vor allem Frankreich als potentielle europäische Führungsmacht ist im Augenblick weder politisch noch wirtschaftlich in der Lage, gemeinsam mit Deutschland oder allein diese Rolle zu übernehmen. Kanzlerin Merkel als starker politischer Führer steht als Symbol für diese Situation. Während diese Hegemonialrolle gegen alle Widerstände in der Euro-Krise auch umgesetzt werden konnte, gelingt dies in der aktuellen Flüchtlingskrise jedenfalls bislang nicht. Dies lässt Zweifel an der Dauerhaftigkeit der deutschen Führungsrolle aufkommen. Außerdem zeigt sich, dass Berlin auf diese Rolle weder inhaltlich gut vorbereitet ist, noch bereit ist, die dafür notwendigen Ressourcen, vor allem im militärischen und sicherheitspolitischen Bereich, bereit zu stellen. Schließlich muss die Berliner Elite die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung gegen einen starken Widerstand in der Bevölkerung durchsetzen, die allenfalls die verstärkte Anwendung von Soft Power unterstützt.

Zweitens befindet sich die EU in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Ein Zerfall der Integrationsgemeinschaft kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Wir haben es mit einer Identitätskrise Europas zu tun, denn viele Bürger sind überzeugt, dass nicht „mehr Europa“, sondern „weniger Europa“ in ihrem Interesse liegt. Die Eurokrise hat diese Stimmung aufgebracht, die Flüchtlingskrise hat diese weiter verstärkt. Allerdings hat das Vorgehen des Kremls in der Ukraine unbeabsichtigter Weise zu einer Stärkung des Zusammenhalts in der EU geführt. Die EU-Mitgliedsstaaten spürten die daraus resultierende Notwendigkeit, die gemeinsamen europäischen Werte zu verteidigen. Viele Mitgliedstaaten erkannten, wie wichtig die Mitgliedschaft in dieser Integrationsgemeinschaft für sie ist. Daher war der gemeinsame Beschluss von Wirtschaftssanktionen durch die EU als Antwort auf die aggressive Politik Russlands in der Ukraine im Frühjahr und Sommer 2014 ein gro-

ßer politischer Erfolg. Deutschland hat wesentlich dazu beigetragen. Überraschenderweise hält diese Einheit bis heute, wenn sie auch bröckelt. Die EU-Sanktionen sind aktuell bis zum 31. Juli 2016. verlängert.

Eine dritte Baustelle sind die transatlantischen Beziehungen. Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist schon seit längerem ambivalent. Auf der einen Seite lässt Deutschland keinen Zweifel an seiner Zugehörigkeit zum transatlantischen Bündnis. Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ukraine hat diese Position nur gestärkt. Auf der anderen Seite wächst in der deutschen Öffentlichkeit das Misstrauen gegen die US-Politik, vor allem wegen der unbegrenzten Schnüffelpolitik der National Security Agency in Deutschland²⁶. Nur 61% der Deutschen unterstützen aktuell starke Bindungen zu den Vereinigten Staaten. Der Anti-Amerikanismus in Deutschland nimmt wieder zu (interessanterweise in linken und rechten Parteien). Gemeinsam mit Populismus, Pazifismus und Euro-Skeptizismus bildet sich eine gefährliche Mischung heraus, die die politische Stabilität in Deutschland gefährden könnte. Unter diesen Umständen, versucht die Bundesregierung, nicht als Marionette der USA zu erscheinen. Zugleich gilt es, gemeinsame transatlantische Maßnahmen zu ergreifen, um gegenüber Russland Stärke zu demonstrieren. Dies ist Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama auch in erstaunlich hohem Maße gelungen. Zugleich muss festgehalten werden, dass die öffentliche Meinung in Bezug auf die westliche Antwort auf das russische Vorgehen in der Ukraine in den USA und Deutschland sehr unterschiedlich ist. Im Frühjahr 2015, sieht diese Spaltung in der öffentlichen Meinung wie folgt aus: Unterstützung der Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine (USA 46%, Deutschland 19%), Beitritt der Ukraine zur NATO (USA 62%, Deutschland 36%), mit militärischer Gewalt NATO-Verbündete verteidigen (USA 56%, Deutschland 38%) und die Sanktionen gegen Russland zurücknehmen (USA 10%, Deutschland 29%)²⁷.

Viertens hängt die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik in der NATO ihrer Bereitschaft und Fähigkeit ab, ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. In der aktuellen Ukraine Krise geht es vor allem darum, mittels konkreten Maßnahmen die Sicherheit jener Mitgliedsstaaten zu verbessern, die sich wie z. B. Polen, Litauen, Estland und Lettland von der russischen Politik bedroht fühlen. Berlin unterstützte daher die Gründung der „Very High Readiness Joint Task Force“ und beteiligt sich an diesen Aktivitäten. Aber innerhalb der NATO bestehen Zweifel über die realen deutschen militärischen Fähigkeiten, weil sich die Bundeswehr noch immer im Umbruch von einer Freiwilligen- zu einer Berufsmarine befindet. Zugleich bestehen offenbar vielen Problemen mit der militärischen Ausrüstung. Deutschland spielt wegen seiner beschränkten militärischen Kapazitäten sowie der mangelnden Bereitschaft der Bevölkerung zur Unterstützung des Einsatzes

²⁶ Das nachgewiesene Abhören des Handys von Kanzlerin Merkel war nur ein extremer Ausdruck dieser Politik.

²⁷ Pew Research Center, *NATO Publics Blame...*, p. 9.

militärischer Gewalt (selbst im Bündnisfall) innerhalb der NATO eine deutlich geringere Rolle als in der EU.

Herausforderungen und Chancen für 2016

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Russland heute für Deutschland kein strategischer Partner mehr ist, sondern – wie zuletzt in den 1970er und 1980er Jahren – zu einem strategischen Konkurrenten geworden ist. Die EU und die Bundesregierung beginnen, sich auf diese strategische Veränderungen einzustellen. Die Bundesregierung spielt die entscheidende Rolle als Krisenmanager in der Ukrainefrage. Sie versucht zugleich, von der reaktiven Politik zu einer pro-aktiven Politik gegenüber Russland überzugehen. Dabei sind für das Jahr 2016 vor allem drei Schwerpunkte erkennbar:

Deutschland Präsidentschaft in der OSZE im Jahr 2016 bietet die Möglichkeit, Initiativen für einen neuen Dialogprozess mit Russland im Rahmen dieses Formats zu beginnen. Die „Trilaterale Kontaktgruppe“ (OSZE, der Ukraine, Russland) und das sogenannten „Normandie-Format“ (Deutschland, Frankreich, Ukraine, Russland) werden ebenfalls eine wichtige Rolle in diesem Dialog spielen. Schließlich soll das jährliche Gipfeltreffen der OSZE im Herbst 2016 genutzt werden, um sowohl die Konfliktlösung in der Ukraine als auch den Dialog mit Russland voranzubringen. Ob dies gelingen wird, ist heute völlig offen.

Mehr Klarheit über die Sicherheitsfunktionen in Deutschland könnte das neue Weißbuch „Sicherheitspolitik und die Zukunft der Bundeswehr“ bringen, das voraussichtlich im Frühjahr oder Sommer 2016 veröffentlicht werden soll²⁸. In diesem Dokument sollen die Analyse der internationalen Situation, die Rolle Deutschlands in seinen Allianzen und Partnerschaften, der nationale Rahmen für seine Sicherheitspolitik und die Aussichten für die Bundeswehr aus der Sicht der Bundesregierung dargestellt werden. Erstmals ist dieses Weißbuch unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit vorbereitet worden. Es wird erwartet, dass das dies die Notwendigkeit einer aktiveren deutschen Rolle in der Weltpolitik zu unterstreichen und dafür konkrete Vorschläge machen wird.

Der bevorstehende NATO-Gipfel im Juli 2016 in Warschau wird die erste Phase der Anpassung der Allianz an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch die russische Politik abschließen. Die NATO muss ihre Strukturen im östlichen Europa dieser neuen Situation anpassen.

In diesen Tagen werden viele Szenarien über die zukünftige deutsch-russischen Beziehungen veröffentlicht. Kai-Olaf Lang und Barbara Lippert von der SWP Berlin haben einige Optionen für die künftigen Beziehungen der EU gegenüber Russland und den anderen östlichen Partnern identifiziert, die ich für beson-

²⁸ Weißbücher sind traditionell das sicherheitspolitische Hauptdokument in Deutschland. Bisher sind zehn von ihnen veröffentlicht worden, die erste im Jahr 1969, das bisher letzte 2006.

ders schlüssig halte: strategisches Konzert, Eindämmung bzw. kooperative Konfrontation²⁹. Eine mögliche Option für die EU ist die Bildung eines „strategischen Konzerts“ mit Russland durch die bloße Rückkehr zu einer kaum verschleierte „Russland zuerst“ Politik, wobei ein „De-facto-Kondominium... für den europäischen Teil des postsowjetischen Raum“ etabliert würde³⁰. Tatsächlich gibt es einige politische Kräfte in Deutschland und anderen EU-Ländern, die diese Option unterstützten. Trotzdem haben sie m. E. keine Chance, die Mehrheit in der EU zu gewinnen.

Eine zweite Möglichkeit für die EU könnte auf allen Ebenen „eine Eindämmungspolitik“ Begrenzung Russlands Einfluss auf seine Nachbarn und innerhalb der Europäischen Union durch Blockbildung und die Herabstufung der Beziehungen zu Russland sein³¹. Auch diese Option ist wenig wahrscheinlich.

Als dritte Option nennen Lang und Lippert die „kooperative Konfrontation“. Nora Müller spricht vergleichbar von „strategischer Konkurrenz“³². Die europäische Politik gegenüber Russland könnte künftig – so Land/Lippert – auf einer „Kombination von interessenbasierten selektiven Zusammenarbeit und Eindämmung der imperialen Macht“ basiert sein. So wäre die EU besser für den Konfliktfall vorbereitet und könnte die NATO-Politik der Beruhigung bzw. erweiterte Abschreckung in einer Art von „Arbeitsteilung“ unterstützen³³. Damit wäre Konfrontationsvermeidung der zentrale Inhalt der vor uns stehenden Zeitperiode.

After the End of the Strategic Partnership. Germany in Search of a new Strategy towards Russia

With the annexation of the Crimea by Russia in spring 2014, a new strategic situation in Europe occurs. Both a deep going geopolitical and a value conflict is now determine the relations between the West (EU, NATO including the Ukraine) and Russia. Germany was faced with the failure of its policy of strategic partnership with Russia since the year 2000. Unfortunately, a critical examination of the errors of this policy since the chancellorship of Gerhard Schröder does not take place until now. The German political elite is still on the way to a new strategic concept to deal with the new situation, fluctuating between value-based policy and *Realpolitik*. However, the public opinion in Germany about Russian policy is getting more critical. Finally, the contribution analyses the actual challenges for the future of German policy towards Russia and try to describe the possible scenarios.

Key words: Russia, European Security, Ukraine

²⁹ K.-O. Lang, B. Lippert, *EU Options on Russia and the Eastern Partners*. „Cooperative Confrontation“ as the Guiding Principle beyond the Riga Summit, Berlin 2015 (SWP Comments, 32), http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2015C32_lng_lpt.pdf.

³⁰ Ibidem, S. 3.

³¹ Ibidem.

³² N. Müller, *Russland und der Westen. Politisches Powerplay*, „Neue Zürcher Zeitung“, 28.4.2016.

³³ K.-O. Lang, B. Lippert, *EU Options...*, S. 4.